

**Anlage 8
Persönliche Erklärungen von Herrn Dobat, Hübner und Janßen**



Persönliche Erklärung für 's Protokoll
Christoph Huebner An: Jan Eder

12.09.2013 10:49

Protokoll:

Diese Nachricht wurde beantwortet und weitergeleitet.

Sehr geehrter Herr Eder,

nachfolgende Erklärung bitte ich dem Protokoll beizufügen. Über eine Stellungnahme dazu würde ich mich ebenfalls freuen:

Auch wenn ich die in der gestrigen Vollversammlungssitzung beschlossene Positionierung zur Berliner Energiepolitik inhaltlich teile, so möchte ich doch hiermit mein Missfallen über das Zustandekommen der Erklärung zum Ausdruck bringen.

Als Mitglied des höchsten Entscheidungsgremiums der Berliner IHK erwarte ich, dass mir eine zu beschließende politische Positionierung im Wortlaut rechtzeitig vor der Beschlussfassung schriftlich vorgelegt wird - zumindest aber in dringenden Fällen als Tischvorlage. Das in der gestrigen Sitzung zu TOP 2 praktizierte Verfahren wird hinsichtlich einer hinreichend klaren Ankündigung einer Beschlussfassung und auch der Nachvollziehbarkeit - ich kann heute nirgends nachlesen, was genau wir da gestern eigentlich beschlossen haben - nicht gerecht.

With best regards from Berlin

Christoph Huebner
APHRODIZIA Events

Mobile: +49 177 7654855
Skype: christoph.huebner

Office: +49 30 5770 8698-0
Fax: +49 30 5770 8698-9
Seeburger Str. 48 · D-13581 Berlin

APHRODIZIA UG (haftungsbeschränkt)
Register Court: Berlin-Charlottenburg · HRB 125425 B
General Manager: Christoph Huebner

<http://www.aphrodizia.com>

Persönliche Erklärung gemäß Geschäftsordnung der IHK-Vollversammlung

zu TOP 3 Feststellung des Jahresabschlusses 2012

1. Meine Frage, warum in der Gewinn- und Verlustrechnungen die Einnahmen aus dem Erbpachtvertrag in Höhe von über 600 T€ fehlen, wurde dahingehend beantwortet, das sei vertraglich so vereinbart. Im Übrigen sei dieser Ertrag mit dem Leasingaufwand verrechnet.

Ich stelle dazu fest, dass meine Frage, die sich selbstverständlich auf die Motive des Mietverzichts bezog, unqualifiziert beantwortet wurde. Ohne eine vertragliche Vereinbarung verzichtet wohl keiner auf einen solchen Betrag.

Ferner merke ich an, dass es nicht statthaft ist, Erträge und Aufwendungen zu saldieren. Die Wirtschaftsprüfung hat dies nicht bemerkt, obwohl dieselbe Erbpacht hinsichtlich der Bewertung des Grund und Bodens im Abschlussbericht erläutert werden.

Der Gesamtleasingaufwand 2012 beträgt entgegen dem Ausweis im Abschluss inklusive gezahlter fremder und nicht erhaltener Erbpachtzinsen ca. 15,2 Mio. €.

2. Meine Frage, warum die IHK-Führung die Vollversammlung trotz der Finanzständigkeit der VV nicht informiert, dass am 24.4.2013 ein von der IHK unterstützter und geführter BFH-Prozess verloren gegangen sei, wurde dahingehend beantwortet, dass die IHK nicht selbst Beteiligter des Prozesses war und ihn nur unterstützt habe. Daher müsse die IHK der VV nicht berichten. Ich erwiderte, dass die IHK sehr wohl die Prozesskosten, Zinsen und dann wohl auch die Steuer in der Hauptsache getragen habe, und dass die Veröffentlichung des BFH eine dilettantische Vertragsgestaltung anlässlich der Errichtung des Ludwig-Erhard-Hauses offenbare und ich fragte, ob dieselben, die diese Verträge gestaltet haben, auch die Prozesse führten. Meine Frage blieb unbeantwortet. Stattdessen wurde ich von Herrn Eder dahingehend beschimpft, dass ich wieder einmal nichts verstanden habe und ich solle in die IHK kommen und mir die Verträge anschauen.

Ich stelle dazu fest, dass jeder im Urteil vom 24.4.2013, Aktenzeichen II R 53/10, nachlesen kann (siehe Internet Bundesfinanzhof.de). Meine Anmerkung der dilettantischen Vertragsgestaltung bezog sich auf Verantwortliche der Jahre 1993 und 1994, Herr Eder musste sich nicht persönlich angesprochen fühlen.

Mit diesem BFH-Verfahren wurde der zweite Teil eines ungeplanten Schadens in Höhe von rund 2,350 Mio. € realisiert, den die IHK zumindest in Teilen getragen hat. Solche Umstände gehören zur Informationspflicht gegenüber der Vollversammlung.

Ich werde die Verträge nicht einsehen, sondern ich werde in kürze nach meinem Wissenstand aus Unterlagen, die jeder einsehen kann, eine Dokumentation dieser Verträge und Vorgänge erstellen und Anregungen zur zukünftigen Verbesserung der vertraglichen Schieflage geben. Auch möchte ich mich nicht dem Vorwurf aussetzen, vertraulich eingesehene Daten öffentlich gemacht zu haben. Zu meiner Dokumentation kann Herr Eder seinen Vorwurf erläutern, was ich alles falsch verstanden habe.

Rainer Janßen

Persönliche Erklärung gemäß Geschäftsordnung der IHK-Vollversammlung

Zitat aus der Tagesordnung zur Vollversammlung 11.9.2013

TOP 2 Energiepolitik, Konzessionsvergabe und Gründung eines Stadtwerkes in Berlin

Hier wollen wir den Bogen vom energiepolitischen Rahmen, den die Bundesregierung vorgegeben hat, mit den Auswirkungen der Energiewende auf die Berliner Wirtschaft bis hin zu entsprechenden Maßnahmen zum Ausgleich schlagen. Gleichzeitig geschehen in Berlin gerade wichtige energiepolitische Weichenstellungen, die Konzessionsvergabe für das Stromnetz steht an (zusätzlich mit einem für den 3. November terminierten Volksentscheid), zu dem erwägen alle Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus die Gründung eines Berliner Stadtwerkes.

Das war eine nebulöse Formulierung. Es gab zu diesem Punkt in der Tagesordnung keinerlei Anlagen oder weitergehende Ausführungen. Der TOP 2 war – im Gegensatz zu den meisten folgenden Tagesordnungspunkten - nicht als Grundlage eines Beschlusses dargestellt.

Herr Dr. Schweitzer ergriff das Wort. Er äußerte sich kritisch zu Rekommunalisierungen und bezog eindeutig diese Position. Dann bat er zwei mir bisher nicht bekannte Personen zu weitergehenden Vorträgen ans Pult.

Da meine Erklärung vor der Zustellung des Protokolls abgegeben werden muss und in der Einladung auf die beiden Referenten nicht hingewiesen wurde, kann ich zu deren Namen und Funktion und auch präziser auf die Inhalte deren Ausführungen hier nicht eingehen. Es wäre Pflicht der IHK-Leitung gewesen, in der Einladung die Vortragenden namentlich mit der Thematik ihrer Statements anzukündigen

Zuerst sprach der Vorsitzende eines Ausschusses der Berliner IHK. Er sprach vom prozentuellen Anteil des regenerativen Energieziels bis 2050. Er versuchte anhand einiger Folien seine Kritik zu untermauern, dass es bei dem neuen Energiegesetz zwischen den verschiedenen Administrationen keine Koordination gäbe. Da der Vortragende sich kaum an seine Folien hielt, fiel es mir schwer seine Aussagen so einzuordnen, um zu wissen, was er eigentlich übermitteln wollte. Jedenfalls hatte ich den Eindruck, er sei gegen die Rekommunalisierung, weil sie keinen positiven Effekt für den Umweltschutz brächte.

Nach ihm kam eine Dame ans Podium. Sie fasste sich merklich kürzer, weil sie auf die kritischen Worte des Präsidenten Eric Schweitzer hinwies, die sie mit ihrem Vortrag untermauern wollte. Und da hätte er schon fast alles gesagt.

Dann trat Herr Dr. Schweitzer wieder ans Pult und bat um Wortmeldungen. Ein Herr – ich nehme an er war von Vattenfall – meldete sich, unterstützte die Ablehnung der Rekommunalisierung und erwähnte, dass Vattenfall über 5000 Arbeitsplätze in Berlin hätte und das milliardenschwere Investitionen seitens Vattenfall anstehen.

Da niemand sonst das Wort ergriff, meldete ich mich. Ich erwähnte, dass dieses ein emotionelles Thema sei, dass nicht nur Einzelne sondern die Mehrheit der Berliner

beschäftigte. Strom und Wasser gehören zur Daseinsvorsorge und sollten daher in die öffentliche Hand kommen. Der Verbraucher wünscht nach meiner Ansicht nicht, dass fremde Investoren mit der Daseinsvorsorge Renditen erzielen, zumal es keinen Wettbewerb gäbe. Investitionen von Vattenfall würde er ohnehin mit seinen Entgelten bezahlen. Die hohen Strom- und Wasserpreise sollten die Kosten eines lokalen Stadtwerkes decken, aber keine abfließenden Gewinne erzeugen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Der Präsident bat um Heben der Stimmkarte, wer die Position der Vorträge und seine teile. Mehr als 60 Karten wurden gehoben. Es gab einige Gegenstimmen und Enthaltungen. Der nächste Tagungsordnungspunkt wurde aufgerufen.

Meine spätere Frage, ob dieses als Beschluss als Position im Namen der rund 200.000 Berliner IHK-Mitglieder veröffentlicht wird, bejahte der Präsident. Auf meinen Einwand, dass dieser Beschluss in der Tagesordnung nicht angekündigt sei und somit nicht ausreichend diskutiert sei, antwortet er lapidar „so ist nun mal die Gesetzeslage“. Basta!

Das ist keine akzeptable Antwort und kein rechtmäßiges Verfahren. Das ist respektlose Gutsherrenart.

Es ist legitim, die Meinung des Präsidenten zu teilen und loyal zustimmend den Stimmzettel zu heben. Das kann aber nicht als „Standpunkt der Berliner Wirtschaft“ dargestellt werden. Gemäß aktuellster Umfrage – einige Tage nach der Vollversammlung – sind ca. 68% der Berliner für einen Volksentscheid über die Rekommunalisierung der Stromversorgung und die überwältigende Mehrheit auch für die Gründung eines landeseigenen Betriebes.

Die Mitglieder der Vollversammlung sind von ca. 200.000 Unternehmen in Berlin delegiert worden. Das sind zu über 90% Klein- und Kleinstunternehmen. In dieser Größenordnung sind Wirtschaft und Bevölkerung nicht zu trennen. Ihnen hier den Standpunkt der Vollversammlung zu unterstellen wäre eine bewusste Verfälschung der tatsächlichen Stimmung der Berliner.

Egon Dobat

Mitglied der Vollversammlung der IHK-Berlin